

Grenzkonflikte drohen aufzubrechen

Balkan Wieder einmal geht die Angst vor einem Grossalbanien um. Kosovos Präsident Hashim Thaci befeuert diese mit dem Wunsch, das serbische Presevo-Tal solle seinem Land zugeschlagen werden. Ein Experte warnt vor einer möglichen Kettenreaktion.

Dominik Weingartner

In einem bemerkenswerten Interview hat der kosovarische Präsident Hashim Thaci «Grenzkorrekturen» zwischen Serbien und Kosovo ins Spiel gebracht. Konkret geht es um das Presevo-Tal im Süden, wo Schätzungen zufolge gegen 100 000 Albaner leben. Vertreter der Albaner im Presevo-Tal hätten sich mit der Bitte an ihn gewendet, sich dem Kosovo anzuschliessen, sagte Thaci Ende letzter Woche dem amerikanischen staatlichen Auslandsender Voice of America.

Er werde dieses Anliegen in den Dialog mit Serbien aufnehmen. «Ich fühle eine moralische, nationale, demokratische, verfassungsrechtliche und rechtliche Verpflichtung, die Bitte einzureichen», so Thaci. Auf die Frage, ob der Kosovo im Gegenzug bereit sei, den überwiegend von Serben bewohnten Teil im Norden des Landes abzutreten, sagte Thaci unmissverständlich: «Nein zu Partition und ja zu Presevo, das dem Kosovo beiträgt.»

Serbische Armee in Kampfbereitschaft

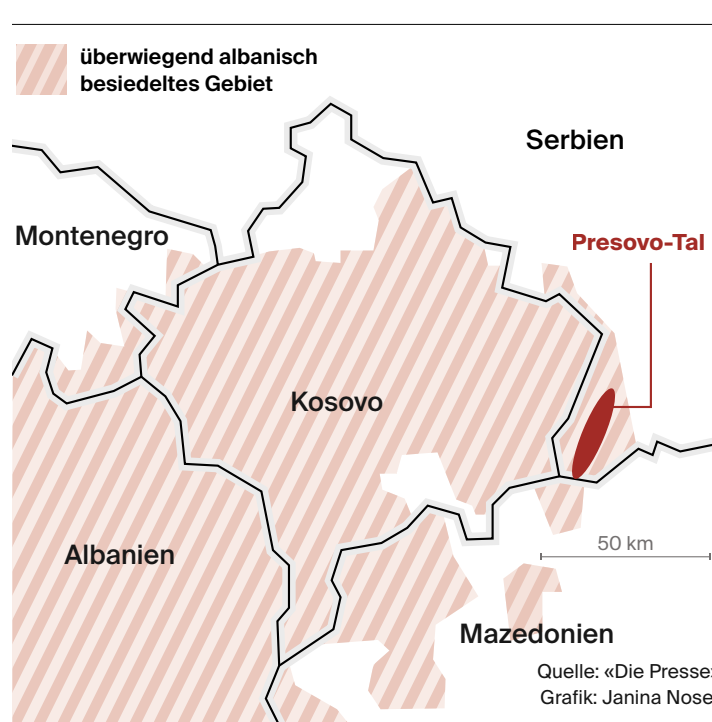
Die Äusserungen des kosovarischen Präsidenten haben in der Region die Ängste vor neuen Grenzkonflikten geschürt. Am Wochenende konnte eine Eskalation noch verhindert werden. Hintergrund war eine am Samstag abgelaufene viermonatige Frist der EU an die kosovarische Regierung zur Vorlage eines schon lange verabredeten Autonomiestatuts für die Serben im Norden des Landes. Die Selbstbestimmung für die serbische Minderheit, die im Norden die lokale Mehrheit stellt, ist Teil des vor fünf Jahren unterzeichneten Normalisierungsabkommens zwischen Kosovo und Serbien. Doch bislang gibt es noch keine konkrete Ausgestaltung dieser Selbstverwaltung für die serbische Minderheit. Aus Sorge vor neuer Gewalt wurde die serbische Armee in Kampfbereitschaft versetzt, und internationale Kfor-Truppen besetzten die Zugänge zu einem wichtigen Staudamm im Norden des Kosovos.



Ethnische Albaner begrüßen im serbischen Trnovac den albanischen Ex-Präsidenten Bujar Nishani.

Bild: Valdrin Xhemaj/EPA (7. März 2017)

Tatsächlich ist die Frage nach einem Gebietsaustausch zwischen Serbien und dem Kosovo aber keine neue Idee. «Bereits in den 1990er-Jahren kam diese Idee auf, wie auch bei den Gesprächen im Vorfeld der kosovarischen Unabhängigkeit 2008», sagt Matthias Bieri, Balkan-Experte am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. «Beide Staaten könnten sich durch den Abtausch eines durchaus beachtlichen Problems entledigen.» Nämlich des Problems, dass sowohl Kosovo als auch Serbien ethnisch relativ homogene Gebiete loswerden würden, die sich bisher nicht integrieren liessen. «Der Gebietsabtausch würde wohl zugleich auch die Anerkennung Kosovos durch Serbien beinhalten, was beiden Ländern den Weg Richtung EU



öffnen würde», glaubt Bieri, der gleichzeitig auch auf die Gefahren hinweist. «Die Verschiebung von Grenzen im Balkan würde aber zahlreiche Risiken mit sich bringen. Die Gefahr einer Kettenreaktion ist nicht von der Hand zu weisen. Vor allem in Bosnien würden ethnische Gruppen – bosnische Serben und bosnische Kroaten – das gleiche Recht zu einem Staatswechsel beanspruchen.»

Eine halbe Million Albaner lebt in Mazedonien

In Bosnien wäre die Gefahr eines erneuten bewaffneten Konflikts höher als im Kosovo, sagt Bieri. «Man müsste deshalb irgendwie sicherstellen können, dass die Grenzverschiebung in Kosovo einzigartigen Charakter hat und keinen Präzedenzfall darstellt.»

Zugleich müsste sie durch Referenden auf verschiedenen Ebenen legitimiert werden, so Bieri. Klar sei auch, dass Serbien dem Kosovo keine Gebiete ohne Gegenleistung abtreten würde.

Der von Thaci in irredentistischer Manier vorgetragene Vereinigungswunsch mit einem Gebiet mit albanischer Mehrheit in einem Nachbarland weckt in der Region neue Ängste vor einem Grossalbanien. Schon länger steht eine Vereinigung des Kosovos mit Albanien im Raum, die EU und die USA lehnten dies bisher jedoch strikt ab. Einen Höhepunkt erreichten die Bestrebungen, als der albanische Ministerpräsident Edi Rama im Februar einen gemeinsamen Staatspräsidenten sowie eine gemeinsame Sicherheits- und Aussenpolitik für die beiden Länder vorschlug.

Sorgen bereiten diese Bestrebungen vor allem Mazedonien. Vorwiegend im Norden des Landes lebt rund eine halbe Million Albaner. Auch in Montenegro leben einige zehntausend Albaner. Was, wenn ein um den Kosovo erweitertes Albanien plötzlich auch Anspruch auf diese Gebiete erheben würde?

Verheerende Auswirkungen

Die Realisierbarkeit eines Grossalbanien hänge sehr stark von den politischen Rahmenbedingungen ab, sagt Matthias Bieri: «Solange die EU und die USA in der Region massiven Einfluss besitzen und ihre Normen zur Veränderung von Grenzen hochhalten, dann sind vorerst über das Symbolische hinausgehende Schritte in diese Richtung wenig realistisch.» Langfristig sehe dies anders aus. «Die albanische Bevölkerung der Region würde einen Zusammenschluss mehrheitlich begrüßen», sagt Bieri.

Im Unterschied zu einer möglichen «Grenzkorrektur» zwischen Kosovo und Serbien liesse sich eine albanisch-kosovarische Union nicht «als einzigartiger «kosmetischer» Eingriff verkaufen», sagt der Balkan-Experte. «Schritte in diese Richtung könnten verheerende Auswirkungen auf die Region haben.»

Italien sagt der Migrantenausbeutung den Kampf an

Saisonarbeit Seit letztem Samstag sind in Apulien 16 afrikanische Schwarzarbeiter auf dem Weg zu Erntefeldern tödlich verunglückt. Die menschenunwürdige Lebens- und Arbeitssituation der oft illegalen Migranten wird nun immer mehr zum Politikum.

Die Ausbeutung von Migranten in der Landwirtschaft sorgt in Italien nach dem Tod von 16 afrikanischen Saisonarbeitern im süditalienischen Apulien für heftige Diskussionen. Innenminister Matteo Salvini (Lega) versprach einen verschärften Kampf gegen sklavennähnliche Arbeitsbedingungen auf den Feldern.

«Wir werden Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft bekämpfen. Der Einsatz gegen die Mafia, gegen die Ausnutzung von Schwarzarbeitern und gegen die illegale Migration sind Prioritäten dieses Kabinetts», erklärte Salvini. Gewerkschaften und Saisonarbeiter beteiligten sich gestern im apulischen Foggia an einer Demonstration

für bessere Arbeitsbedingungen auf den Feldern.

Tausende afrikanische Saisonarbeiter werden schwarz auf den Gemüsegeldern in Süditalien eingesetzt. Sie arbeiten für einen Hungerlohn von 30 Euro pro Tag, berichteten italienische Medien. Sie müssen auch für die Transportkosten von den Barackensiedlungen, in denen sie leben, bis zu den Feldern aufkommen.

Hinter der Ausbeutung steckt oft die Mafia

In einem Kleinbus eingepfercht waren am Montag zwölf afrikanische Migranten nahe Foggia verunglückt. Das Fahrzeug war gegen einen Bus geprallt. Zu einem ähnlichen Unfall war es am

Samstag gekommen. Dabei waren vier Saisonarbeiter ums Leben gekommen. Gewerkschaften und Vereinigungen zur Unterstützung der Arbeiter verlangen seit Jahren ein System öffentlicher Verkehrsmittel in der Haupterntezeit.

Der Handel mit illegalen Immigranten, die auf den Feldern Süditaliens ausgebeutet werden, beschäftigt die Behörden schon seit Jahren. 40 Prozent der Ausländer, die in der süditalienischen Landwirtschaft arbeiten, wohnen in Hütten ohne Strom und Wasser. 30 Prozent von ihnen werden misshandelt. In kaum einem Landwirtschaftsunternehmen werden Saisonarbeiter legal angestellt, berichteten italienische Medien. Hinter der Ausnutzung

der Tagelöhner stecke meistens die Mafia, die sich mit dem Menschenhandel bereichere.

In San Ferdinando in der Nähe von Rosarno leben rund 3500 afrikanische Saisonarbeiter, die in den Feldern der Gegend bei der Ernte von Zitrusfrüchten eingesetzt werden. Dort hausen sie in Slums, unter Plastikplanen ohne Strom und fließend Wasser (Ausgabe vom Montag). Die hygienische Lage sei katastrophal, die Lebensbedingungen unmenschlich, kritisierte kürzlich der Verband Ärzte für Menschenrechte. Lediglich 30 Prozent aller Saisonarbeiter haben einen Arbeitsvertrag, alle anderen seien Tagelöhner und das ganze Jahr, rund um die Uhr, einsatzbereit. Viele Ern-

tehilfer werden zudem von der 'Ndrangheta, der kalabrischen Mafia, ausgebeutet, die die Arbeit auf den Feldern kontrolliert.

Unzulängliche Kontrollen

Italien habe zwar ein fortgeschrittenes Gesetz im Kampf gegen den sogenannten «Caporalato», wie die Ausbeutung von Schwarzarbeitern auf den Feldern genannt wird, das Strafen von bis zu sechs Jahren Haft vorsieht. Die Kontrollen seien jedoch unzulänglich, bemängelte Premierminister Giuseppe Conte.

Zugleich müsse eine Qualitätslandwirtschaft gefördert werden. «Würdevolle Arbeitsbedingungen sind ein Hauptanliegen

dieser Regierung», erklärte der Premier. Inzwischen wurden sieben Landwirtschaftsbetriebe lokalisiert, die die verunglückten Migranten beschäftigten.

Katholische Organisationen warnten vor den dramatischen Zuständen auf den Feldern. Die Politik müsse sich stärker um diejenigen kümmern, die weiterhin unter ausbeuterischen Bedingungen in der Landwirtschaft arbeiten, erklärte die katholische Gemeinschaft Sant'Egidio. Die Caritas Apulien mahnte in einer Erklärung, genauer auf die Arbeitsbedingungen von Migranten und italienischen Bürgern zu schauen. Man müsse fragen, was das Leben eines Menschen, Arbeiters oder Migranten wert sei. (sda)